

FORUM

Leserecho & Nachrichten

BRIEF AN DIE REDAKTION

Eine Bitte

Straße statt Schule. Natürlich ist ein erfolgreicher Klimaschutz ein hervorragendes Anliegen für diese Generation. Wird doch schon viel zu lange auf endlosen Konferenzen diskutiert. Und dafür ist es auch hinnehmbar, dass hier ein Regelverstoß gegen die Schulpflicht erfolgt, um auf die schlimmen Folgen der Klimaerwärmung hinzuweisen. Trotzdem habe auch ich eine Bitte! Protestiert auch bitte in der unterrichtsfreien Zeit! Sonst entschwindet euer notwendiges Anliegen, der Schutz der Umwelt, völlig aus dem Augenmerk, weil nur noch Protest und Drückebergerei vor den schulischen Pflichten die Diskussionen beherrscht. Und das sollte verhindert werden!

Karl Henke, Gelsenkirchen

Bizarre Angst

Ich finde es bizarr, dass diese jungen Menschen Angst vor der Zukunft haben. Ich bin 40 Jahre alt und habe das Ozonloch, den sauren Regen, die Katastrophe von Tschernobyl, das Waldsterben, verbleites Benzin und noch vieles mehr überlebt. Ich war als Soldat im Kosovo-Krieg stationiert und habe sehr viel erlebt. Natürlich wird es einen Tag geben, an dem wir alle sterben werden, aber an allen anderen Tagen werden wir leben und sollten das genießen.

Jörg Lange, per E-Mail

Geförderter Unsinn

Feinstaub aus dem Ofenrohr. Inversionswetterlage, Reihenhaussiedlung mit Hanglage. Wieder einmal markieren umweltfreundlich gesinnte Zeitgenossen mit den Düften des Holzbrandes ihren Anspruch, so die Welt retten zu müssen. Hoffentlich hilft Ihr Artikel ein wenig, nicht nur diesem staatlich geförderten Unsinn ein schnelles Ende zu bereiten.

Bernd Köster, Essen

@ Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an meinungsforum@waz.de

Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendung zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

NACHRICHTEN

Fachfremde Lehrer vor allem an Hauptschulen

Düsseldorf. Im vergangenen Schuljahr haben rund 41 Prozent der Lehrkräfte in der Sekundarstufe I in NRW mindestens eine Unterrichtsstunde fachfremd erteilt. Das erklärte Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) am Montag. An den Hauptschulen erteilten rund 84 Prozent der dort eingesetzten Lehrkräfte teilweise auch Unterricht in fremden Fächern, an den Gymnasien knapp 18 Prozent. *dpa*

Streit um Gladbecker Windrad entgleist verbal

Gladbeck. Im Recklinghäuser Kreisrat hat der Chef der Linken-Fraktion, Ralf Michalowsky, Empörung ausgelöst. Hintergrund ist der Streit um ein geplantes Windrad auf der Gladbecker Mottbruchhalde. Michalowsky forderte auf Facebook, die „Windrad-Entscheider des Kreises an Flügelspitzen zu binden“. Ein Spaß – sagt Michalowsky. Landrat Cay Süberkrüb (SPD) erwägt rechtliche Schritte.

Deprimierender Mangel

Weil Psychotherapeuten fehlen, gibt es bei den Fachärzten lange Wartezeiten

Von Katrin Simoneit

Ruhrgebiet. Die depressive Phase von Julia K. (Name geändert) begann schleichend. Sie war emotional, oft aggressiv oder traurig und wusste nicht, wieso. Überhaupt den Hausarzt um Hilfe zu bitten, war für die junge Frau eine Überwindung. Als der Mediziner ihr zum Besuch eines Psychotherapeuten riet, stieß Julia K. auf die nächste Hürde. „Ich musste mehrere Therapeuten anrufen, die mir alle sagten, sie hätten keine Kapazitäten mehr, um mich aufzunehmen“, erzählt die 28-Jährige.

Nach dem zehnten Anruf wollte sie aufgeben. „Man muss ja weitermachen. Dieses Prozedere kann ermüdend und schwer sein, gerade wenn die Hemmschwelle groß ist, sich Hilfe zu suchen. Menschen gehen in diesem System verloren, da viele Wege ins Leere führen.“

Präsident will 300 neue Sitze

Die Realität in den Praxen ist ernüchternd: Fachverbände und Patientenschützer kritisieren seit Jahren, dass es zu wenig Psychotherapeuten in NRW und speziell im Ruhrgebiet gibt. Zwar haben sich im vergangenen Jahr 85 neue Fachkräfte im Land niedergelassen, das reiche aber bei Weitem nicht aus. Gerd Höhner, Präsident der Psychotherapeutenkammer NRW, fordert bis zu 300 neue Sitze, um den Bedarf zu decken.



„Seit 20 Jahren ist die Versorgung im Ruhrgebiet mangelhaft.“

Gerd Höhner, Präsident der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen

„Seit 20 Jahren ist die Versorgung im Ruhrgebiet mangelhaft“, urteilt Höhner. Es komme zu Wartezeiten zwischen vier und sechs Monaten und einer hohen Belastung in den Praxen: Therapeuten arbeiteten häufig zwischen 60 und 70 Stunden in der Woche. Der Stillstand müsse dringend beendet werden, so Höhner.

Konkret kritisiert er, dass die Bedarfsplanung für Psychotherapeuten auf alten Zahlen beruht. Wie



Viele Patienten suchen nach Psychotherapeuten – und müssen oft lange auf einen Termin warten.

FOTO: DEMAERRE

viele Therapeuten sich in einer Region niederlassen dürfen, bestimmt der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) als höchstes Gremium der Selbstverwaltung im Gesundheitssystem mit der Bedarfsplanung. Grundlage dafür ist das Psychotherapeutengesetz. Mit ihm wurde 1999 der damalige Bestand an Therapeuten im Ruhrgebiet als ausreichend beschlossen. „Dabei war die Lage auch früher schon schlecht“, so Höhner. „Unter diesem Fehler leiden wir bis heute.“

Für kurzfristige Erleichterung sorgte die Einführung von zusätzlichen Sprechstunden 2017. Neue Behandlungsplätze brachte dies allerdings nicht mit sich. Nur durch Mehrarbeit der bereits niedergelassenen Therapeuten sei der Bedarf nicht mehr zu decken, warnt Höhner.

Dazu kommen gesellschaftliche Veränderungen: Seit einigen Jahren erlebt die Branche einen rasanten Zuwachs an Psychotherapeuten, zwei Drittel aller Absolventen sind laut Kammer weiblich. Sie bevorzugen ein Teilzeit-Modell und würden oftmals nur einen halben Sitz in Anspruch nehmen, so der Kammerpräsident.

Unterstützung erhält er von der Kassenärztlichen Vereinigung

(KV) Westfalen-Lippe: Die Versorgung mit Psychotherapeuten sei zwar aus statistischer Perspektive stabil, sagte eine Sprecherin. „Die Messzahlen bedürfen aber dringend einer Anpassung an die Realität.“ In Westfalen-Lippe praktizieren 1991 Psychotherapeuten, davon 739 im Ruhrgebiet. In Nordrhein sind es 3149.

Welche Folgen eine lange Wartezeit hat, ist laut Gerd Höhner unklar. Schon Betroffene im Erwachsenenalter litten, „was Monate an Wartezeit im Leben eines jungen Menschen bewirken, steht auf einem anderen Blatt“.

Terminservice-Stellen

Für die Betroffenen soll sich die Situation verändern: Der Gemeinsame Bundesausschuss will die Bedarfsplanung reformieren. Das Bundesgesundheitsministerium will Patienten zudem leichter als bisher zu einem Termin beim Psychotherapeuten verhelfen. Dazu will Minister Jens Spahn (CDU) die Terminservice-Stellen, die solche Besuche über eine zentrale Rufnummer vermitteln, künftig rund um die Uhr erreichbar machen.

Außerdem soll die Ausbildung der Psychotherapeuten reformiert werden. Sie kostet bisher zwischen

20.000 und 60.000 Euro, auf das Psychologiestudium folgen Pflichtstunden in Kliniken, die häufig kaum oder gar nicht bezahlt werden. Das Masterniveau soll ermöglichen, dass Absolventen während ihrer Weiterbildung entsprechend vergütet werden.

Julia K. hat es ins System geschafft. Zwei Monate hat sie auf ihr erstes Gespräch mit einem ihr unbekanntem Therapeuten gewartet. Das ist zwar ein vergleichsweise kurzer Zeitraum, aber: „Wenn es zwischen mir und dem Therapeuten nicht gepasst hätte, wäre die Suche wieder von vorne losgegangen. Und wer weiß, wie lange das gedauert hätte.“

Reform soll Sitze bringen

■ Von der angekündigten **Reform der Bedarfsplanung** erwarten die Experten mehr Kassensitze für das Ruhrgebiet.

■ NRW-Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) sagte jüngst, er hoffe, dabei werde der Bedarf an Psychotherapeuten **noch einmal grundsätzlich überprüft**.

Frauenquote auch für die FDP gefordert

Vorstoß der Ex-Justizministerin

Düsseldorf. Die FDP sollte ihre bisherige Haltung bei der partei-internen Frauenförderung überdenken und eine verbindliche Frauenquote einführen, fordert die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP, Bild). Derzeit liegt der Frauenanteil bei den Liberalen nur bei rund 22 Prozent. „Ich war nie eine Anhängerin der Frauenquote, aber inzwischen glaube ich, dass es nicht mehr anders geht“, sagte Leutheusser-Schnarrenberger dieser Redaktion.

22 Prozent Frauenanteil seien aus ihrer Sicht viel zu wenig. „Wir brauchen – zumindest versuchsweise – für mindestens vier Jahre das Instrument Frauenquote.“ 33 Prozent Frauen müssten in der FDP auf Kandidatenlisten stehen. Auch in den Kreis- und Ortsverbänden sollten Frauen ein Drittel der Ämter haben. Eine Fünfzig-Prozent-Quote wäre bei dem niedrigen Frauenanteil in der Partei unrealistisch, präzisierte die Politikerin. Leutheusser-Schnarrenberger wünscht sich generell, dass „Frauen, auch in der FDP, sagen: Ja, wir streben nach Machtpositionen.“ Die Frauenquote war bei den Liberalen lange ein Tabuthema. Inzwischen ist der Ruf danach aber immer deutlicher zu hören. *mk/CHO*



Verfahren gegen früheren SS-Mann steht vor dem Aus

Münster. Eines der letzten großen Verfahren gegen noch lebende frühere KZ-Aufseher steht vor dem Aus. Wie das Landgericht Münster am Montag mitteilte, ist der 95-jährige Angeklagte, dem die Staatsanwaltschaft hundertfache Beihilfe zum Mord im NS-Konzentrationslager Stutthof vorwirft, nicht mehr verhandlungsfähig. Wegen einer schweren Herzerkrankung und damit einhergehenden körperlichen und kognitiven Einschränkungen sei der Angeklagte nicht mehr in der Lage, einem Strafprozess „in angemessenem Maße zu folgen“, hieß es in einer Mitteilung des Gerichtes. Endgültig will die Kammer Mitte März über die Einstellung des Verfahrens entscheiden. *mko*

Das Revier ehrt zwei „Bürger des Ruhrgebiets“

Europaminister Holthoff-Pförtner und Spitzenforscher ten Hompel in Dortmund ausgezeichnet

Von Tobias Blasius

Dortmund. Michael ten Hompel und Stephan Holthoff-Pförtner sind die neuen „Bürger des Ruhrgebiets“. Der Verein „Pro Ruhrgebiet“, ein Zusammenschluss aus rund 300 Unternehmen und Privatleuten, hat am Montagabend auf dem Dortmunder Hochschulcampus die traditionsreiche Ehre auszeichnung für die Verdienste um die Zukunftsfähigkeit der Region verliehen.

Die Digitalisierung vorangetrieben

Der 60-jährige ten Hompel ist Inhaber des Lehrstuhls für Förder- und Lagerwesen an der TU Dortmund und gilt als internationaler Spitzenforscher im Bereich der Logistik. Mit Leuchtturm-Projekten wie dem Effizienz Cluster Logistik Ruhr habe er die Digitalisierung des Ruhrgebiets



Preisträger Stephan Holthoff-Pförtner

FOTO: RALF ROTTMANN

entscheidend vorangetrieben, lobte der Jury-Vorsitzende, Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP). Der hochdekorierte Professor ten Hompel sei der „Vater des Internets der Dinge“ und treibe die Automatisierung der Waren voran, sagte Ursula

Gather, Rektorin der TU Dortmund und Kuratoriumsvorsitzende der Krupp-Stiftung, in ihrer Laudatio.

NRW-Europaminister Holthoff-Pförtner (70, CDU) hat derweil mit der Vortragsveranstaltung „Politisches Forum Ruhr“ seit mehr als 25

Jahren eines der größten bundesweiten Kongressformate etabliert, das regelmäßig mehr als 1000 Besucher aus dem Revier mit Entscheidungsträgern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft ins Gespräch bringt. Holthoff-Pförtner koordiniert aktuell auch in der Regierung von Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) die „Ruhr-Konferenz“, die in einem mehrjährigen Prozess neue Impulse für die Entwicklung der Region bringen soll. Der Anwalt aus Essen ist zudem Mitgesellschafter der Funke Mediengruppe.

Holthoff-Pförtner ist nach dem früheren Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD) und dem ehemaligen Kultusminister Paul Mikat (CDU) erst das dritte NRW-Regierungsmitglied, das als „Bürger des



Michael ten Hompel

FOTO: HO

Ruhrgebiets“ ausgezeichnet wird. Der Titel wird seit 1981 vergeben.

Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau (SPD) äußerte die Hoffnung, dass die Ruhr-Konferenz „Rückenwind für die ganze Region“ bringen werde und die Stärken des Ruhrgebiets untermauern sowie nach außen wahrnehmbarer machen werde. An CDU-Mann Holthoff-Pförtner gerichtet sagte SPD-OB Sierau schmunzelnd: „Sie müssen mich ja nicht verpetzen, aber: Sie sind eine Essener Stärke.“ Holthoff-Pförtners Staatssekretär und persönlicher Freund Mark Speich lobte in seiner Laudatio: „Verantwortungsübernahme und Freiheitszumutung statt Paternalismus“ seien das Rezept des Gehrten für das Ruhrgebiet.